

In unserem sozialistischen Staat hat die Jugend eine Perspektive

„UZ“-Interview mit Genossen Prof. Dr.-Ing. habil. W. Schatt, Direktor des Instituts für Werkstoffkunde

„UZ“: Herr Professor Schatt, welche Gedanken bewegen Sie im Zusammenhang mit dem Mord an dem Westberliner Studenten Benno Ohnesorg?

Professor Schatt:

Man kann heute sagen, daß die Geschehnisse in Westberlin mit den Ereignissen im Fernen und Nahen Osten, die uns mit Sorge erfüllen, im Zusammenhang stehen. Sie spielen sich auf dem gleichen Hintergrund ab, der durch den Versuch imperialistischer Kreise, ihre Positionen in der Welt zu restaurieren und zu erweitern, gekennzeichnet ist. Der Mord an dem Studenten Ohnesorg ist kein lokaler polizeilicher Willkürakt, sondern Bestandteil der aggressiven Pläne und Bestrebungen imperialistischer Kreise. Für die Bundesrepublik sind diese innenpolitisch vor allem durch die Politik des Notstands charakterisiert, die in den Geschehnissen in Westberlin ihren faktischen Ausdruck fand.

Die Demonstrationen der Westberliner Studenten waren letzten Endes vor allem Proteste gegen die sozialen und gesellschaftlichen Rückstände, auch in der Hochschulpolitik. Die Situation innerhalb der Berliner Studentenschaft war bereits aktiviert, unter anderem durch den Entzug der Förderungsgewährung, die gegenüber dem Sozialistischen Studentenbund ausgesprochen worden war. Das der Demonstration zugrunde liegende humanitäre Anliegen reichte für den Senat von Westberlin schon aus, um es mit polizeilichem Terror zu beantworten.

Obwohl sich diese Geschehnisse nicht in der Bundesrepublik, sondern in Westberlin ereigneten, lösten sie auch in der Bundesrepublik einen weiten Protest innerhalb der akademischen Jugend, der Hochschullehrer, der Gewerkschaften und vor allem der Gewerkschaftsjugend aus. Im Zuge dessen ist es verständlich, daß die Protestaktion auch andere politische Forderungen der westdeutschen Öffentlichkeit sichtbar werden ließ: den Kampf gegen den ungerechten USA-Krieg in Vietnam und jene Politik, die den Aggressionskrieg Israels unterstützte. Die Ereignisse in Westberlin demonstrieren schließlich die politische Verflechtung Westberlins mit der Bundesrepublik und sein offenbar tiefes Abhängigkeitsverhältnis. Westberlin hat keinen eigenständigen Weg einer politischen oder gesellschaftlichen Entwicklung beschritten.

Die breite Protestbewegung verdeutlicht aber vor allem, daß sich die westdeutsche Jugend immer mehr auch ihrer Verantwortung für die Zukunft Deutschlands bewußt wird. Es ist zu begrüßen, daß sich eine größere Anzahl Professoren und Hochschullehrer in diese Protestbewegung einpendelt hat, obwohl sie wissen, daß dies persönliche Nachteile und Verfolgungen auslösen kann. Hier ist die Verbindung zu unseren Bestrebungen zu erkennen, alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen kann. Die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik ist sich der Verantwortung für die Zukunft Deutschlands bewußt. Die demokratischen Kräfte der deutschen Jugend müssen gemeinsam auftreten und handeln. Das sind auch die Motive für die eindrucksvollen Solidaritätsbezeugungen gegenüber den westdeutschen und Westberliner Kommilitonen des ermordeten Studenten Ohnesorg bei seiner Überführung nach Westdeutschland.

„UZ“: Wir bereiten gegenwärtig unsere Volkswahlen am 2. Juli vor. Nach dem VII. Parteitag, der den Aufbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems beschlossen hat, stehen vor allen Bürgern, auch unseren Studenten, große Aufgaben. Wie unterscheidet sich doch die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik in jeder Hinsicht und in jedem Bereich von den westdeutschen Zuständen...

Professor Schatt:

Die westdeutsche Bundesrepublik nimmt offiziell so gern für sich in Anspruch, ein demokratischer Staat zu sein. Die Ereignisse in Westberlin verdeutlichen uns jedoch erneut, daß diese „Demokratie“ offenbar schon jetzt sehr begrenzt ist und nicht die Möglichkeiten gibt, den wahren Volkswillen zum Ausdruck kommen zu lassen.

Die Demokratie hat dort ihre Grenzen, wo versucht wird, die Grundrechte in fortschrittlicher Weise durchzusetzen, oder angestrebt wird, den alten imperialistischen Weg zu verlassen. Die oft zitierte „neue Politik“ der Bonner Regierung unterscheidet sich im wesentlichen nicht von der Politik, die von den vorhergehenden Regierungen betrieben wurde.

Die bei uns bevorstehenden Wahlen besitzen daher eine große politische Bedeutung. Sie werden die einheitliche Front der Kriegsgegner in unserer Republik demonstrieren und die Verbundenheit mit unserem Staat erklären.

Während in der westdeutschen Bundesrepublik die akademische Jugend noch um ihre politische Mündigkeit kämpfen muß, nehmen unsere Studenten in ihrer Mehrheit bewußt an der Gestaltung unseres wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens teil; ihr Studium ist ein gesellschaftlicher Auftrag. Unsere akademische Jugend hat es nicht nötig, gegen politische Reaktion für den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen zu müssen. Auch die Universitäten haben bei der Stärkung der DDR wichtige Aufgaben zu erfüllen. Sie sind eng mit der Staats- und Parteiführung verbunden. Die Beschlüsse der 4. Hochschulkonferenz und des VII. Parteitages der SED sind Richtschnur für Professoren wie für die Studenten. Ihre Bemühungen sind Bestandteil unserer aller Bestrebungen für den Aufbau eines entwickelten sozialistischen Gemeinwesens.

Diese Gemeinsamkeit ist bereits an vielen Instituten selbstverständlicher Bestandteil der täglichen Arbeit geworden. Sie findet ihren Niederschlag auch in dem neuen Verhältnis zwischen Studenten und Hochschullehrer. Die Aufgabe der Umgestaltung des Studiums an unseren Hochschulen und Universitäten führen wir gemeinsam durch. Es ist auch nicht verwunderlich, daß Hochschullehrer und Student gemeinsam in der Volkskammer oder in den Volksvertretungen der Bezirke sitzen und wirken. Unsere Arbeit darf sich jedoch nicht in der Verfolgung unserer eigenen friedlichen Perspektiven, in der Entwicklung eines sozialistischen Hochschulwesens erschöpfen, sondern sie muß darüber hinaus die Verurteilung und Ächtung aller aggressiven Kräfte in der Welt mit beinhalten und die Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Kräften einschließen. Je mehr wir zur wirtschaftlichen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik beitragen, um so größer wird ihr politisches Ansehen in der Welt sein, und um so wirkungsvoller wird auch unser Beitrag zur Unterstützung der Kräfte des Friedens in der Welt sein. Um die Erfüllung dieser hohen Ziele Wirklichkeit werden zu lassen, schenken wir am 2. Juli den Kandidaten der Nationalen Front unser Vertrauen.

„UZ“: Herr Professor, wir danken Ihnen sehr für dieses Gespräch.

Westberliner Polizeiterror - Ausdruck der Ohnmacht

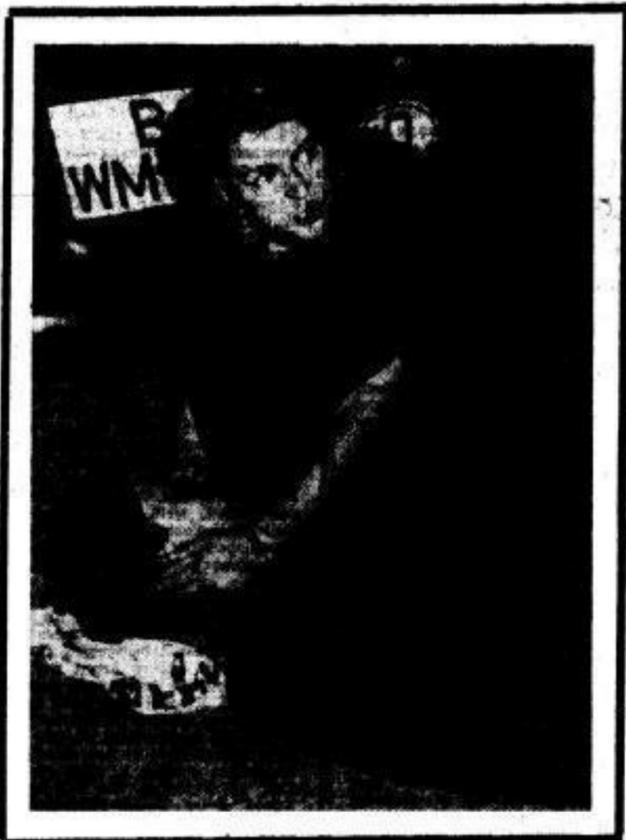
Der Polizeiterror in Westberlin ist Ausdruck der Ohnmacht der kapitalistischen Welt, der Machtüber in Bonn. Man schreitet zu unmenschlichen Maßnahmen, indem man auf Studenten schießt.

Ich bin Studentin. In unserem Staat wäre so etwas nie möglich. Wenn ich mir vorstelle, daß in Westberlin Studenten diesen Unmenschlichkeiten ausgesetzt sind, so ergreife ich stärksten Partei für die westdeutschen Studenten, die nicht ihre Meinung kundtun dürfen. Benno Ohnesorg ist ein erstes Opfer der Notstandspraxis. Dieser Mord ist eine Warnung. Wenn wir nichts dagegen tun, passiert das gleiche morgen mit Arbeitern oder anderen westdeutschen Bürgern.

Inge Weislich, Ingenieurökonomie / Textil, 3. Studienjahr, SG 6

Notstandsübung der Killer

Tausend Polizisten gegen zweltausend Studenten eingesetzt: „Manöver für den Eventualfall schwerer Unruhen“ – so nannte es selbst der Bremer „Weserkurier“. Der Mord an dem Westberliner Kommilitonen Benno Ohnesorg aber war mehr – er war Notstandspraxis in Aktion. Es war Mord – ausgeführt von uniformierten SS-Killern.



Die psychologische Eskalation der Presse des Axel Cäsar Springer begann schon im Herbst des Vorjahres. Weil die akademische Jugend sich nicht zum Aggressor manipulieren lassen will, ist sie unbequem, wird sie verteufelt. Sie ist im „freien Westberlin“ Freiwild der Duensing-Polizei. Trotz Terror – der Kampf geht weiter!

Aus den vielen Stellungnahmen von Professoren, Assistenten und Studenten der TU

Professor Dr. Dr. Frühauf

... Junge Studenten Westberlins hatten in einer friedlichen Kundgebung ihre Mißbilligung über die Maßnahmen und Praktiken der Bonner Politik zum Ausdruck gebracht. Dort erlebten sie Bonner Politik, dort erlebten sie Bonner Demokratie. Einer der Kommilitonen der Westberliner Technischen Universität, Benno Ohnesorg, wurde inmitten einer Schar Westberliner Polizisten wehrlos erschossen. Mit Abscheu und mit tiefer Empörung nehmen alle aufrechten und anständig denkenden Menschen Kenntnis von diesem Verbrechen und fordern Rechenschaft! Das ist Notstandsgesetzgebung in Aktion!

Wir fragen: Soll sich noch einmal wiederholen, was wir alle mit Schrecken auch in Erinnerung haben? Die Notstandsgesetzgebung ist der Anfang, und Benno Ohnesorg war unter der Westberliner Studentenschaft das erste Opfer. Wir mahnen: Nie und nimmer darf sich wiederholen, was hier geschieht! Wir in unserer DDR haben die Sicherheit vor solchen Vorkommnissen geschützt zu sein; denn unser Staat, der ein Staat des Friedens, ein Staat der Demokratie und ein Staat der Freundschaft mit allen friedliebenden Ländern ist, er braucht keine Notstandsgesetze. Gerade jetzt, wo es in unserer Republik um die Vorbereitung der Wahlen geht, zeigt sich deutlich, was echte und wahre Demokratie ist. Sollte das nicht auch für Westdeutschland eine Lehre sein?

Professor Dr. Zill

Die Ermordung des Westberliner Studenten Ohnesorg hat mich tief getroffen. Ein Student, der nach den Aussagen seiner Kommilitonen keinem politischen Studentenverband angehört und zum ersten Mal an einer Protestdemonstration teilnahm, um von seinem verfassungsmäßigen Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen, wurde ohne äußeren Grund erschossen. Er war unbewaffnet und hat auch die Polizeikräfte nicht angegriffen; trotzdem schießt ihn ein Westberliner Polizist nieder. Der Schwerverletzte wird auch noch mißhandelt und eine Erste Hilfe durch Freunde verweigert.

Das alles widerspricht in einem solchen Maße den allgemein gültigen Gesetzen der Humanität, daß ich auf das Schärfste dagegen protestiere. Dazu kommt noch, daß die Westberliner Polizei und damit auch der Senat mit betrügerischen Mitteln versucht haben, die wahren Tatsachen zu verschleiern

und zu bagatelisieren, um eine gerechte Bestrafung der Schuldigen zu verhindern. Die Springer-Presse unterstützt diese Methoden in vollem Umfange, verlangt weitere drakonische Maßnahmen und rechtfertigt den Mord an Ohnesorg als „beinahe naturnotwendig“. Daraus und auch aus den Maßnahmen des Senats: Verbot von Demonstrationen und Errichtung von Sonderschlichtergerichten zur Aburteilung von Teilnehmern an der Demonstration, ergibt sich zwangsläufig, daß der Polizeiterror sorgfältig geplant und vorbereitet worden ist.

Damit stellen sich die Westberliner Politiker mit allen Diktatoren der Welt auf eine Stufe. Es ist deshalb richtig, daß die Studenten die Vorlesungen abgebrochen haben und gegen die Politik des Senats kämpfen. Ihrem gerechten Kampf ist unsere aktive Unterstützung sicher.

Dipl.-Ing. oec. Willy Uebel, Kandidat des Bezirktages

Benno Ohnesorg wurde zu Grabe getragen. Der schrecklichen und empörenden Umstände wegen, die zu seinem Tode führten, werden wir seinen Namen nicht vergessen. Studenten, die ihr durch die Westberliner Verfassung garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahmen, wurden von der Polizei brutal zusammengedrückt; einer von ihnen wurde nach der Mißhandlung erschossen – hinterwärts, durch Genickschuß!

Durch diese Vorfälle wird erneut das deutlich, was viele Menschen in Westdeutschland und Westberlin seit langem mit großer Sorge erfüllt, was in unserer Republik als öffentliche Warnung mehrmals ausgesprochen wurde. Die Notstandsdictatoren und ihre von alten und neuen Faschisten durchsetzte Polizei schrecken vor nichts, vor gar nichts zurück, wenn es darum geht die Opposition zu zerschlagen.

In Westdeutschland und Westberlin gingen Zehntausende auf die Straße, um zu protestieren. Es waren nicht nur Studenten und Wissenschaftler, es waren auch junge Arbeiter, Gewerkschafter, auch Sozialdemokraten. Die Studenten stellten die Frage: „Heute ein demonstrierender Student – morgen ein streikender Arbeiter?“ Gewerkschaftler erklärten: „Wir stehen an der Seite der Studenten.“ Diese Interessen- und Aktionsgemeinschaft ist die wichtigste Voraussetzung dafür, daß sich so etwas nicht wiederholt, daß den westdeutschen Imperialisten der Weg zur offenen, brutalen Diktatur verweigert wird.

Wir trauern gemeinsam mit allen Kämpfern für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt in Westdeutsch-

land und Westberlin um den Studenten Benno Ohnesorg. Wie teilen ihre Empörung und protestieren an ihrer Seite. Durch die allseitige Stärkung unserer Republik werden wir entscheidend dazu beitragen, daß die alten und neuen Faschisten in Westdeutschland nicht durchkommen.

Klaus Michael, wiss. Assistent, Org.-techn. Chemie

... Jene jungen Menschen, die sich aus politischer Verantwortung und im Glauben an ihr „Recht auf Freiheit und Menschenwürde“ in Westberlin auf die Straße begaben, diese Westberliner erfuhr es am eigenen Leibe: Wenn an der Monopolherrschaft auch nur ein wenig gerüttelt wird, dann bleibt von der Demokratie nur noch das Gerede, dann dürfen Polizisten, ausgebildet und befehligt von Vorgesetzten, die bereits in der Weimarer Republik der deutschen Reaktion und den Faschisten den Weg bis zum totalen Krieg freischossen, heute schon wieder fortschrittliche Menschen auf offener Straße töten. Deshalb ist es eine Anmaßung, wenn sich die Vertreter dieses Systems erdreisten, uns in Fragen Demokratie Vorschritten zu machen...

Diese verderbliche Entwicklung aufzuhalten, ist in allererster Linie die Aufgabe der Bevölkerung Westberlins und der Bundesrepublik. Wir als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik tragen eine hohe nationale Verantwortung, weil wir diesen Kampf wirkungsvoll unterstützen können, wenn wir unseren Staat durch unsere täglichen Leistungen und unser Auftreten allseitig entwickeln und stärken.

Daran sollten wir bei allen zukünftigen Entscheidungen denken, und besonders bei den bevorstehenden Volkswahlen am 2. Juli.

Bärbel Führich, IO III/6

Stärker als die Erschütterung über den Tod des Studenten Benno Ohnesorg ist in mir der Haß gegen seine Mörder. Möge sein tragischer Tod ein Anlaß sein, in Westdeutschland und Westberlin den Menschen die Augen zu öffnen, wie weit die bürgerliche Demokratie von ihrem wahren Kern schon entfernt ist, und daß dieser verhängnisvollen Entwicklung mit allen Kräften entgegengetreten werden muß.

1. Studienjahr Forstwirtschaft

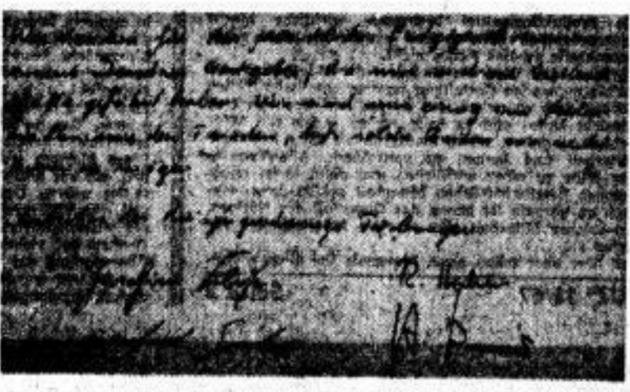
Mit Empörung erfahren wir von der Ermordung des Westberliner Studenten Benno Ohnesorg. Diese brutale Gewalttat zeigt wieder einmal deutlich, zu welchen verbrecherischen Handlungen die imperialistischen Kreise und ihre Helfershelfer fähig sind.

Wir verurteilen entschieden das Verhalten des Westberliner Senats und fordern eine gerechte Bestrafung der Verantwortlichen!

28 Unterschriften

D. Schwarz, Energetik III/5

... Unser Kommilitone Benno Ohnesorg wurde das erste Opfer der drohenden Notstandsgesetze. Wie, so frage ich mich, soll es erst um Freiheit und Demokratie bestellt sein, wenn diese Gesetze von der westdeutschen Regierung angenommen werden?



Immer mehr junge westdeutsche Bürger erkennen die Notwendigkeit, die Lehren aus der deutschen Geschichte zu beherzigen. (Wiedergabe einer Mitteilung im Osterbuch der Codenhütte am Münchener Platz.)